

Jahreswirtschaftsbericht 2013

Deutsche Wirtschaft weiter stark

Die Wirtschaftspolitik der christlich-liberalen Koalition zahlt sich aus: Deutschland war im Jahr 2012 erneut der wichtigste Stabilitätsanker in Europa und die deutsche Wirtschaft wird auch im Jahr 2013 das Zugpferd für Wachstum und Beschäftigung in Europa bleiben. Das bestätigt der Jahreswirtschaftsbericht 2013, mit dem sich der Bundestag am Donnerstag befasst hat.



Foto: Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Woche mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2013 befasst.

Die Zahlen des Jahreswirtschaftsberichts sprechen eine deutliche Sprache: Mit 41,6 Millionen erwerbstätigen Personen wurde im Jahr 2012 ein weiterer Beschäftigungsrekord erreicht. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 0,75 Prozent und der Lohnzuwachs betrug 2,5 Prozent. Gleichzeitig erreichte der deutsche Export eine neue historische Bestmarke und durchbrach die „Eine-Billionen-Euro-Schallmauer“ so früh wie nie zuvor. Auch für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung eine Wiederaufnahme des Wachstumskurses der deutschen Wirtschaft. Die Erwerbstätigkeit soll im Jahresdurchschnitt weiter leicht zunehmen, die Arbeitslosigkeit nahezu auf dem Niveau des Vorjahres bleiben und die Löhne im Durchschnitt um 2,5 Prozent steigen. Das sind insbesondere deshalb gute Nachrichten, weil die deutsche Wirtschaft mit erheblichem Gegenwind aus dem weltwirtschaftlichen und europäischen Umfeld zu kämpfen hat. Vor diesem Hintergrund ist Deutschland in Europa und international hervorragend aufgestellt - trotz der

Wachstum und Beschäftigung

rezessionsbedingten Dämpfung der Ausfuhren in den Euroraum. Besonders erfreulich ist, dass auf dem Arbeitsmarkt das Rekordniveau bei der Beschäftigung nahezu gehalten werden kann. Die Entwicklungen bei Wachstum und Beschäftigung sind Beleg dafür, dass die Wirtschaftspolitik der christlich-liberalen Koalition die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfestigkeit unserer Wirtschaft weiter stärkt und unser Land auf der Erfolgspur hält. Um diesen erfolgreichen Weg weiter fortzusetzen, werden die Koalitionsfraktionen die Stabilisierung des Euro konsequent vorantreiben und den Weg der strikten Haushaltskonsolidierung weitergehen. Gleichzeitig muss der Fachkräftebedarf gesichert, die Versorgung mit Breitbandinternet verbessert und die Energiewende so umgesetzt werden, dass Energie auch in Zukunft noch sicher und bezahlbar ist. Zentrales Anliegen der CSU-Landesgruppe bleibt es, die hohe Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der Wirtschaft in Deutschland weiter zu stärken - das gilt insbesondere auch für Bayern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die erste Sitzungswoche 2013 stand unter den Eindrücken der traditionellen Klausurtagungen zu Beginn des Jahres. Die CSU-Landesgruppe hat in Wildbad Kreuth gezeigt, dass sich die Menschen bei unserer Politik aus Stabilität, Solidarität und Sicherheit verlassen können. Die Sozialdemokraten und ihr Nebenverdienstmillionär haben währenddessen einen bunten Strauß an Vorschlägen aus der sozialistischen Mottenkiste geholt.



Beispiel Mietrecht: Die Sozialdemokraten hätten schon früher merken können, dass die Mietpreise sich zum Teil deutlich nach oben bewegen. Die christlich-liberale Koalition hat auf den Mietpreisanstieg bereits auf differenzierte Weise reagiert. Mit unserer Mietrechtsreform können die Länder jetzt die maximal zulässigen Mieterhöhungen in einzelnen Kommunen von 20 auf 15 Prozent innerhalb von drei Jahren begrenzen. Die pauschalen Vorschläge der SPD verschärfen dagegen das Problem der Mieten noch - denn sie sind investitionshemmend.

Und was soll einem zur Forderung einfallen, die Steuerhinterziehung bekämpfen zu wollen, wenn die selbe Partei erst vor Wochen eine Regelung verhindert hat, mit der alle Schweizer Banken die Kapitalertragsteuern ihrer deutschen Anleger nach Deutschland abgeführt hätten? Hätte sich die SPD beim Schweizer Steuerabkommen nicht auf die Seite der Steuerhinterzieher gestellt, dann wäre bereits jetzt ein wichtiges Schlupfloch geschlossen.

Bei den Vorschlägen zum Kindergeld spielt die SPD die Familien gegeneinander aus. Die einen Familien sollen bezahlen, was andere Familien mehr bekommen. Verschont bleiben die Kinderlosen und für die Kinder von Hartz IV-Beziehern ändert sich überhaupt nichts. Sozial ist das alles nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems

Koalition setzt sich für weitere Verbesserungen des erfolgreichen Berufsbildungssystems ein

Das deutsche Berufsbildungssystem gilt traditionell als Garant für die Heranziehung qualifizierter Arbeitskräfte und eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Insbesondere das duale Ausbildungssystem hat sich bei der Berufsbildung bewährt. Mit einem Antrag zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems möchte die christlich-liberale Koalition das bewährte System nun weiter verbessern.

Deutschland hatte im August 2012 die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Während der europäische Durchschnitt bei 22,7 Prozent lag, waren hierzulande nur 8,1 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Diese erfolgreiche Entwicklung ist dem deutschen Berufsbildungssystem zu verdanken. Insbesondere die duale Berufsbildung hat sich bewährt. Durch das handlungsorientierte Lernen im Arbeitsprozess sorgt das duale System nicht nur für hohe Ausbildungsqualität, sondern wirkt auch motivierend und belebend auf schwächere Schulabgänger. Das erfolgreiche Konzept des dualen Lernens wird inzwischen auch in die Hochschulausbildung transferiert. Zahlreiche Fachhoch-



Foto: picture alliance / dpa

Das praxisnahe Lernen hat sich beim dualen Ausbildungssystem bewährt

schulen bieten duale Studiengänge für leistungsstarke und praxisorientierte Studierende an. Auch im Ausland macht das deutsche Berufsbildungssystem Schule. In den USA genießt die Ausbildung in deutschen Unternehmen höchstes Ansehen und dient als Vorbild. Mit Spanien - einem Land mit hoher Jugendarbeitslosigkeit - wurde zuletzt eine enge Kooperation in der beruflichen Bildung vereinbart. Ziel der christlich-liberalen

Koalition ist es, junge Menschen auch in Zukunft zu einem Berufsabschluss zu führen, die akademische und berufliche Bildung weiter zu verbessern und die Vorteile der beiden Ausbildungsvarianten noch enger miteinander zu verknüpfen.

Diese Woche

Jahreswirtschaftsbericht 2013	
Deutsche Wirtschaft weiter stark	1
Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems	
Koalition setzt sich für weitere Verbesserungen des erfolgreichen Berufsbildungssystems ein	2
Finanzierung von Betreuungseinrichtungen	
Zusätzliche Förderung von Kindern unter drei Jahren	2
Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth	
Hasselfeldt gibt Überblick über die Politik der Landesgruppe	3
50. Jahrestag des Elysée-Vertrages	
Deutschland und Frankreich wollen zukünftig noch enger zusammenarbeiten	4
Bericht des Wehrbeauftragten	
Bundestag berät Bericht des Wehrbeauftragten	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Finanzierung von Betreuungseinrichtungen

Zusätzliche Förderung von Kindern unter drei Jahren

Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Woche erneut einen Gesetzentwurf zur zusätzlichen Finanzierung von Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren in den Bundestag eingebracht. Dies war notwendig geworden, nachdem der Bundesrat im Dezember vergangenen Jahres ein erstes Gesetz aus parteitaktischen Gründen abgelehnt hatte.

Im März 2012 befanden sich rund 558.000 Kinder unter drei Jahren bundesweit in Tagesbetreuung. Der tatsächliche Bedarf an Betreuungsplätzen ist jedoch weit höher. In Deutschland besteht nach wie vor ein erheblicher Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei



Foto: picture alliance / ZB

Jahren. Daher müssen auch zukünftig große Anstrengungen unternommen werden, um schnellstmöglich ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen zu erreichen - insbesondere im Hinblick auf den ab dem 1. August dieses Jahres geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Daher setzen sich die Koalitionsfraktionen weiter dafür ein, dass die

von der Bundesregierung zusätzlich bereitgestellten 580,5 Millionen Euro nun zügig verbaut werden können. Die Bundesländer haben im Dezember im Bundesrat das Fiskalvertragsgesetz abgelehnt und dadurch verhindert, dass die vom Bund für den Krippenausbau zusätzlich zur

Verfügung gestellten Mittel ausbezahlt werden können. Dadurch entstand große Planungsunsicherheit bei den Kommunen, den Trägern vor Ort und den Eltern kleiner Kinder, die dringend auf einen Betreuungsplatz angewiesen sind. Um diese Unsicherheit zügig zu beseitigen, hat die christlich-liberale Koalition die Regelungen in dieser Woche erneut auf den Weg gebracht.

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth

Hasselfeldt gibt Überblick über die Politik der Landesgruppe

Nach der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth hat die Vorsitzende Gerda Hasselfeldt in dieser Woche bei der traditionell kurz danach stattfindenden Winterklausur der CSU-Landtagsfraktion in Kreuth die Politik der Landesgruppe erläutert. Vor den 92 Abgeordneten und Ministerpräsident Horst Seehofer gab die Landesgruppenvorsitzende einen Überblick über die politischen Entscheidungen des vergangenen Jahres und einen Ausblick auf die anstehenden Herausforderungen in diesem Wahljahr 2013.

In ihrer Rede wies die Vorsitzende darauf hin, dass auch Berlin viel dazu beitragen könne, dass das Motto „Erfolgsland Bayern“ auch im kommenden Jahr Bestand haben könne. Voraussetzung dafür sei eine starke Landesgruppe - auch nach der kommenden Bundestagswahl. Für die Landesgruppe sei beispielsweise eine hohe Lebensqualität und eine angemessene Wertschöpfung in den ländlichen Räumen Voraussetzung für die Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Lebendige Kommunen seien dabei die Basis unseres Staates. Um sie finanziell zu stärken, übernehme der Bund seit dem Jahr 2012 schrittweise und ab 2014 vollständig die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im Zeitraum von 2012 bis 2016 ergebe das eine Entlastung der Kommunen von insgesamt 20 Milliarden Euro. Für den



Foto: CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
Gerda Hasselfeldt am Mittwoch bei ihrer Rede in Wildbad Kreuth

Ausbau von Kita-Plätzen habe der Bund in den vergangenen Jahren bereits vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Bereich der Energieversorgung habe die Landesgruppe gerade in Kreuth ein Konzept beschlossen, mit dem die Energiepreise auch in Zukunft bezahlbar bleiben und eine stabile Energieversorgung garantiert ist. Hasselfeldt betonte, dass die hervorragende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt entscheidend

zum Erfolg Bayerns beiträgt. Zum 30. Juni 2012 waren in Bayern 4.827.416 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind so viele wie seit 1974 nicht mehr. Mit weniger als 2,9 Millionen Arbeitssuchenden im Jahresdurchschnitt 2012 unterscheidet sich die christlich-liberale Bilanz deutlich von den über 5 Millionen Arbeitssuchenden der Rot-Grünen Regierung.

Europapolitik



Foto: Foto: picture alliance / dpa

Fiskalvertrag wird in nationales Recht umgesetzt

Der Bundestag hat am Donnerstag in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der christlich-liberalen Koalition zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags beraten. Durch den Vertrag vom 2. März 2012 über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (sog. Fiskalvertrag) wird Deutschland zur Umsetzung bestimmter Vorgaben für nationale Fiskalregeln verpflichtet. Insbesondere gibt der Vertrag vor, dass die Einhaltung der mittelfristigen Haushaltsziele durch nationale Fiskalregeln garantiert werden müssen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzt die Koalition die Vorgaben des Fiskalvertrags in nationales Recht um. Dank der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der unionsgeführten Bundesregierung konnte die dauerhaft geltende Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung (in Höhe von 0,35 % des BIP) bereits mit dem Haushalt 2013 eingehalten werden - und damit drei Jahre früher als vorgeschrieben.

Gesundheitspolitik



Foto: Foto: picture alliance / Bildagentur-online

Ärztliche Zwangsbehandlung nur in Ausnahmefällen zulässig

Der Bundestag hat sich in dieser Woche in 2./3. Lesung mit dem Gesetz zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme befasst. Mit dem Gesetz schließt die christlich-liberale Koalition zum Wohl der Betroffenen eine Lücke im Betreuungsrecht, die durch mehrere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs im vergangenen Jahr entstanden war. Geregelt wird die ärztliche Behandlung von Betreuten, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit einer Behandlung selbst nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln können. Eine solche Behandlung gegen den Willen des Betroffenen kann zukünftig ausschließlich im Rahmen einer Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung erfolgen und ist nur dann zulässig, wenn sie zwingend erforderlich ist, um den Betroffenen vor schwerwiegenden Gesundheitsschäden zu schützen.

50. Jahrestag des Elysée-Vertrages

Deutschland und Frankreich wollen zukünftig noch enger zusammenarbeiten

Der Deutsche Bundestag und die französische Assemblée Nationale wollen anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages ihre Zusammenarbeit vertiefen. Auf einer Sitzung im Berliner Reichstag wollen die Abgeordneten beider Parlamente am Dienstag hierzu eine gemeinsame Erklärung annehmen.

Bereits in dieser Woche debattierte der Deutsche Bundestag über die Bedeutung des Elysée-Vertrages, den Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Präsident Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 im Pariser Elysée-Palast unterzeichnet haben. Die Parlamentarier würdigten in der Debatte die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft für



Foto: picture alliance / Eibner-Pressefoto

Deutschland und Frankreich feiern den 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags

die Einigung Europas. In der Debatte wurde auch betont, welchen Mut es brauchte, als Frankreich und Deutschland wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder aufeinander zuzugingen. Der Elysée-Vertrag stehe symbolisch für die Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit beider Länder. „Es gibt auf der Welt kaum zwei Staaten, die so enge Beziehungen pflegen wie Deutschland und Frankreich“, betonte der CSU-Abgeordnete Thomas Silberhorn am Mittwoch im Bundestag. Deutschland und Frankreich

seien die „Triebfedern“ der europäischen Integration. Der Friedensnobelpreis, den die Europäische Union 2012 für die Verbreitung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa erhalten hatte, gelte posthum auch Adenauer und de Gaulle. Mit Blick auf die unterschiedlichen Vorstellungen Deutschlands und Frankreichs zur Überwindung

der europäischen Schuldenkrise wurde in der Debatte aber auch deutlich, dass es noch viel zu tun gibt. Als starke Wirtschaftsnationen müssten beide Länder zusammenkommen und ihrer Verantwortung für das Bestehen Europas im globalen Wettbewerb gerecht werden. Das gelte nicht nur für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch für den Bereich der Sicherheitspolitik. Der 50. Jahrestag gibt Anlass, das bisher Erreichte zu würdigen und gleichzeitig den Elysée-Vertrag weiterhin mit Leben zu füllen.

Bericht des Wehrbeauftragten

Bundestag berät Bericht des Wehrbeauftragten

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch den 53. Jahresbericht des Wehrbeauftragten abschließend beraten. Themenschwerpunkt war dabei - neben den Einsätzen - die Neuausrichtung der Bundeswehr, die im Berichtsjahr 2011 mit der Aussetzung der Wehrpflicht und der nochmaligen Reduzierung der Truppenstärke auf eine neue Grundlage gestellt wurde.

Der Bericht fasst – für das Kalenderjahr 2011 – die Eindrücke und Erkenntnisse aus zahlreichen Truppenbesuchen und Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen sowie rund 4.800 Eingaben zusammen. Wie in den Jahren zuvor bilden die Auslandseinsätze einen Schwerpunkt



Foto: picture alliance / dpa

des Jahresberichts. Der derzeit bestimmende Auftrag der Bundeswehr ist die Beteiligung an internationalen Missionen zur Krisenbewältigung und Konfliktprävention. Deutsche Soldatinnen und Soldaten sichern den Frieden in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, sie kontrollieren das Seegebiet vor der Küste des Libanon und im Mittelmeer und leisten ihren Beitrag im Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika. Sie sind beteiligt am Aufbau staatlicher Institutionen im Sudan und Südsudan, bilden Soldaten in Somalia aus und beraten die Regierung bei der Reform des

Sicherheitssektors im Kongo. Das weitaus größte deutsche Truppenkontingent ist in Afghanistan eingesetzt. Bis zu 5.500 deutsche Soldatinnen und Soldaten unterstützten im Berichtsjahr die afghanischen Sicherheitskräfte bei der Gewährleistung der Sicherheit und beim Wiederaufbau des Landes. Neben den Aus-

landseinsätzen bildet die Neuausrichtung der Bundeswehr einen weiteren Schwerpunkt des Berichts. So wird der Umfang der Streitkräfte auf maximal 185.000 Soldaten begrenzt. Hierfür sollen weitere 31 Standorte der Bundeswehr geschlossen und 91 Standorte um mehr als die Hälfte ihres bisherigen Umfangs reduziert werden. Der bedeutendste Reformschritt allerdings liegt in der Aussetzung der Wehrpflicht: Seit April des vergangenen Jahres leisten in der Bundeswehr nur noch solche Soldatinnen und Soldaten Dienst, die sich aus freien Stücken dazu entschieden haben.